

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse

- (A) d) Beratung des Antrags der Abgeordneten Kai Gehring, Sylvia Kotting-Uhl, Krista Sager, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Nein zum Nationalen Stipendienprogramm

– Drucksache 17/1570 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (f)
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile Bundesministerin Annette Schavan das Wort.

Dr. Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir beraten heute in erster Lesung den Entwurf eines Dreiundzwanzigsten Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes und den Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung eines nationalen Stipendienprogramms. Die christlich-liberale Koalition setzt damit ein klares Signal für die Verbesserung der Studienfinanzierung in Deutschland, weil wir davon überzeugt sind, dass das Studium nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern darf.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir wollen drei verlässliche Säulen für junge Leute. Wir wollen die kontinuierliche Weiterentwicklung des BAföGs im Hinblick auf Freibeträge, Fördersatz und Modernisierung, auf die ich noch zu sprechen komme. Wir wollen, dass in Deutschland endlich ein ordentliches Stipendiensystem aufgebaut werden kann. Wir wollen die Weiterentwicklung der Bildungsdarlehen der KfW, von denen zwischenzeitlich übrigens weit über 73 000 Studierende in Deutschland profitieren. Drei verlässliche Säulen, eine Vielfalt im Angebot – das ist unsere Philosophie, um den unterschiedlichen Lebenslagen von Studierenden in Deutschland gerecht zu werden.

Der Kontext, in dem wir das beraten, ist von einer erfreulichen Entwicklung geprägt. 2005 haben rund 36 Prozent eines Jahrgangs ein Studium aufgenommen. Viele haben gesagt, dass wir 40 Prozent erreichen müssen, dass wir vor allen Dingen im internationalen Vergleich mehr brauchen, dass wir im Blick auf einen höheren Anteil an hochqualifizierten akademischen Berufen mehr brauchen. Im Studienjahr 2009 nahmen nun über 43 Prozent eines Jahrgangs ein Studium auf. Ich finde, das ist eine überaus erfreuliche Entwicklung. Lange hat es nicht mehr in einem so kurzen Zeitraum einen solchen Anstieg der Zahl der Studienanfänger, ein solches Interesse am Studium gegeben. Darüber hinaus sind wir das dritbeliebteste Gastland für ausländische Studierende. Dies sind zwei gute Entwicklungen, die wir durch die

Verbesserung der Studienfinanzierung weiter befördern wollen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Nun ist in den letzten Wochen öffentlich viel diskutiert worden: BAföG versus Stipendiensystem. Sollte nicht ausschließlich das BAföG weiterentwickelt und anderes sein gelassen werden? Auch wurde behauptet, dass jedes Stipendiensystem nur ein Hinweis darauf sei, dass sich die Öffentlichkeit in Deutschland um Eliten kümmert.

Meine Damen und Herren, ich finde, das ist eine absurde Diskussion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland, das unter allen Industrienationen den höchsten Anteil an der Wertschöpfung, der auf Forschung basiert, hat, muss beides leisten: Es muss dafür sorgen, dass es vernünftige, stabile Verhältnisse in der Breite gibt – deshalb BAföG; unsere Anreize bewirken, dass mittlerweile 43 Prozent eines Jahrgangs studieren –, und es muss dafür sorgen, dass Spitzenleistungen wahrgenommen und anerkannt werden. Dies bewirkt übrigens auch, dass Menschen, die Spitzenleistungen erbringen, Deutschland als einen attraktiven Studienort ansehen. Deshalb stehe ich dazu: Breite ist Voraussetzung für Spitze, und ein Land, das seine Spitze nicht mehr im Blick hat, hat als Wissenschaftsstandort verloren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Beides im Blick zu haben, ist für mich auch eine Frage der Gerechtigkeit. Wir dürfen das BAföG nicht jahrelang links liegen lassen. Das hat es in früheren Zeiten manches Mal gegeben; sieben Jahre lang gab es keine BAföG-Erhöhung. (D)

(Patrick Meinhardt [FDP]: Jawohl! Ganz genau! – René Röspel [SPD]: Unter Rüttgers zum Beispiel! – Ulla Burchardt [SPD]: Weil Sie den Aufwuchs der Mittel im Bundesrat blockiert haben!)

– Sie wissen ganz genau, wie viele BAföG-Erhönungen es in der rot-grünen Zeit gegeben hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Sie kennen die Diskussionen aus der letzten Legislaturperiode. Frau Burchardt, ich glaube schon zu wissen, was Sie gleich sagen werden.

(Ulla Burchardt [SPD]: Ja?)

Wir können uns Ihren Text vorstellen. Deshalb sage ich: Diese christlich-liberale Koalition entwickelt das alles kontinuierlich weiter. Die allererste Maßnahme, die wir auf den Weg bringen, ist, zu sagen: Jawohl, mehr Studierende sollen in den Genuss von BAföG kommen. Daher erhöhen wir erstens die Freibeträge. Zweitens soll es eine Erhöhung der Bedarfssätze geben und drittens wichtige Schritte zur Modernisierung. Das ist eine der ersten Maßnahmen, die wir treffen und über die wir

Bundesministerin Dr. Annette Schavan

- (A) – übrigens im Unterschied zur letzten Legislaturperiode – keinen Zoff mit dem Finanzminister haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ulla Burchardt [SPD]: Wir haben die doch durchgesetzt! Doch nicht Sie! Sie sind doch ganz kleinlaut angekommen!)

– Sie haben doch gleich das Rederecht. Warten Sie es ab. Sie können das alles gleich sagen.

(Ulla Burchardt [SPD]: Warum stören Sie eigentlich parlamentarische Zwischenrufe?)

– Warum schreien Sie immer dazwischen? Wer schreit, hat in der Regel nicht recht.

(Ulla Burchardt [SPD]: Weil das hier zum parlamentarischen Brauch gehört, Frau Schavan, auch wenn es Sie stört!)

– Lautstärke ersetzt nicht die Überzeugungskraft von Argumenten, liebe Frau Burchardt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Zum Stipendiensystem.

(Ulla Burchardt [SPD]: Bildungsmurks! – Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Stipendienmumpitz!)

Wir haben viele Jahre lang in Deutschland darüber diskutiert, warum es keine Stipendien gab. Wir haben einen ersten wichtigen Schritt durch die Erhöhung der Mittel für die Begabtenförderungswerke getan. Aber ich bin davon überzeugt: Die Begabtenförderungswerke allein können nicht Träger von Stipendien in Deutschland sein. Unsere Hochschulen brauchen die Chance, Stipendien zu vergeben.

- (B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – René Röspel [SPD]: Die Möglichkeit haben sie ja jetzt schon!)

Ich habe vor 14 Tagen eine Fachhochschule in Nordrhein-Westfalen besucht, die in einer enormen Geschwindigkeit Stipendien eingesammelt hat und sagt:

(Iris Gleicke [SPD]: Wie schön für Nordrhein-Westfalen! Aus ostdeutscher Sicht kann man ihnen nur gratulieren!)

Diese beginnende Stipendienkultur ist attraktiv für unsere Hochschulen. Wir wollen den Wettbewerb darum, wer wie viele Stipendien vergibt, wir wollen eine Stipendienkultur entwickeln, und wir wenden uns keineswegs nur an die großen Unternehmen, sondern wir wenden uns auch an unsere Ehemaligen. Wir haben damit die wunderbare Möglichkeit, endlich eine Ehemaligenkultur aufzubauen.

(René Röspel [SPD]: Das ist doch ein alter Hut!)

Solidarität derer, die einmal studiert haben, mit denen, die heute studieren, zu ermöglichen, das ist Solidarität der Zivilgesellschaft mit Studierenden an Fachhochschulen und Universitäten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Nicole Gohlke [DIE LINKE]: Das ist so weit

an den Tatsachen vorbei! – Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist mit der Solidarität der Wirtschaft?) (C)

Deshalb gehen wir diesen Weg und sagen wir: Das jeweilige Land – ein Landeswissenschaftsminister, Herr Frankenberg aus Baden-Württemberg, ist heute hier –, der Bund und die Zivilgesellschaft tun sich zusammen. So sehen moderne Konzepte in vielen Ländern aus, die attraktive Universitäten haben. – Diese Universitäten erheben nicht nur Studiengebühren, sondern sie bieten auch Stipendien an. Genau ein solches Bündnis wollen wir: ein Bündnis der Zivilgesellschaft und der öffentlichen Hand mit den Hochschulen, um die Studienfinanzierung zu stabilisieren und Stipendien endlich auch in Deutschland einzuführen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – René Röspel [SPD]: Wenn man Glück hat, kommt man vielleicht mit plus/minus null heraus!)

Ich sage auch ausdrücklich, weil wir das so in den Gesetzentwurf aufgenommen haben: Wir werden sehr genau beobachten, wie sich die Dinge regional entwickeln. Wenn sich zeigen sollte, dass es Regionen gibt, die in diesem Punkt nicht erfolgreich sind, dann werden wir uns nach der Evaluation Gedanken darüber machen, welche Hilfsmöglichkeiten es gibt.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das zeigt sich bereits!)

Ich kann immer nur sagen: Die Universität Dresden, die Universität Cottbus und die Universität Leipzig haben ebenso viele Ehemalige, die in einen solchen Kreis aufgenommen werden können. – Ich sage ausdrücklich: Konzentrieren wir uns nicht einfach immer nur auf die Wirtschaft als eine abstrakte Größe, sondern hier ist die Zivilgesellschaft gefragt. (D)

(René Röspel [SPD]: Das ist eine schlechte Ausrede dafür, dass es mit der Wirtschaft nicht klappt!)

Dadurch ergeben sich dann auch entsprechende gute Möglichkeiten für alle Regionen.

Natürlich fragen die Hochschulen zu Recht: Wer kümmert sich um unsere Kosten, die entstehen, wenn wir einmal viele Stipendien zu verwalten haben? Auch hier bin ich der Meinung: Beginnen Sie, und in drei, vier Jahren

(René Röspel [SPD]: Blühende Landschaften!)

– die dann ja auch gekommen sind; ich weiß nicht, wer das gerade war –

(Iris Gleicke [SPD]: Ich nicht!)

werden wir genauso Möglichkeiten schaffen, wie wir das beim Hochschulpakt mit Blick auf die Forschungsförderung – hier ist die Programmkostenpauschale geschaffen worden – schon tun.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Ist das schon eine Nachbesserung?)

Bundesministerin Dr. Annette Schavan

- (A) – Das ist keine Nachbesserung, sondern das ist diskutiert worden; das wissen Sie, Herr Rossmann.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Aber trotzdem ist das Geld bei Herrn Barthle!)

– Ich verstehe ja, dass Sie unentwegt dazwischenreden und sich furchtbar aufregen.

(Ulla Burchardt [SPD]: Was sind Sie denn so feinfühlig?)

Dass Sie sich aufregen, ist das beste Zeichen dafür, dass etwas wirklich Neues kommt. Das ist der ganze Groll darüber, dass es Ihnen nicht eingefallen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Swen Schulz [Spandau] [SPD]: Sie sinken ja immer tiefer! Oje! Schlecht! – Nicole Gohlke [DIE LINKE]: Wir können noch lauter werden!)

Meine Damen und Herren, zum Abschluss: Auch die strukturellen Veränderungen beim BAföG sollte man nicht unterschätzen. Die Entbürokratisierung, die Pauschalierung des Mietzuschlags für auswärtig Wohnende und die Verschiebung der Altersgrenze bei den Masterstudiengängen auf 35 Jahre sind wichtig, gerade im Blick auf Frauen, die sich zunächst für Familiengründung und erst später für ein Studium entscheiden. Insofern gibt es auch eine Verbesserung, was die Vereinbarkeit von Familie und Studium angeht.

- (B) Ich danke denen, die daran mitgewirkt haben. Ich finde, es ist ein starkes Signal an die Studierenden und ein wichtiges Signal an unsere Universitäten und Hochschulen in Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – René Röspel [SPD]: Ein starkes Signal? Sie zeigen den Studierenden die Faust!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Ernst Dieter Rossmann für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin Schavan, weil Sie uns im Reflex gereizt haben, einen Blick in die Geschichte des BAföG zu werfen, jetzt die sozialdemokratische Lesart.

Als Bildungsminister Rüttgers das BAföG damals von der FDP übernahm, hat er es so heruntergewirtschaftet, dass wir im Jahr 1998 mit 12,5 Prozent Geförderterquote den absoluten Tiefpunkt erreicht haben.

(Beifall bei der SPD – René Röspel [SPD]: Er wird am Sonntag zum zweiten Mal Geschichte!)

Unter Rot-Grün gab es die Wiederbelebung des BAföG, die durchaus zu besseren Förderzahlen und besseren Bedingungen führte. Dann gab es die zweite Phase Rot-Grün, in der es das Einstiegsangebot von Gerhard

Schröder an die Länder gab, im Zuge des Subventionsabbaus die Eigenheimzulage im Umfang von 6,8 Milliarden Euro einzusparen, um damit Bildung zu fördern, was drei Jahre lang durch Sie blockiert worden ist. (C)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann kam die Große Koalition, in der Ihre Blockade wegfiel und Sie froh darüber waren, 6,8 Milliarden Euro für Bildung mobilisieren zu können. Wir waren auch froh. Mit Ihnen zusammen haben wir eine BAföG-Reform gemacht. Allerdings hat bei einem ersten schönen Essen in der Parlamentarischen Gesellschaft die damalige Bildungsministerin zur SPD gesagt: Für BAföG plane ich nichts ein. Das muss die SPD mitbringen, wenn sie das BAföG verbessern will.

(Beifall bei der SPD – Ulla Burchardt [SPD]: Das ist die Wahrheit!)

Wir haben das mitgebracht und am Ende ein schönes, gutes BAföG-Ergebnis erreicht. Jetzt sind Sie frei. Jetzt machen Sie schwarz-gelbe Politik in einer doppelten Form: hier BAföG und dort Stipendien.

Bei der letzten Aussprache hier meinten Sie, die Kritik der SPD daran als altmodisch brandmarken zu müssen.

(Beifall bei der FDP)

Mit diesen Worten haben Sie ja immer Glück. Sie haben auch Studierenden, bevor Sie sie zu Gesprächen eingeladen haben, einmal gesagt, sie seien ewig gestrig. Und wir sind halt altmodisch. Wir bekennen uns dazu, wenn es altmodisch ist, dass es ein klares, berechenbares Recht auf Förderung gibt. Dann sind wir gerne altmodisch, weil das die Qualität von BAföG ist. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir bekennen uns dazu, wenn es altmodisch ist, dass es in Ostdeutschland und in Westdeutschland, in Cottbus und in München, das gleiche Recht gibt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir bekennen uns dazu, wenn das Recht, das Mobilität ermöglicht und nicht verhindert, altmodisch ist. BAföG ermöglicht Mobilität, und die Stipendien sind mobilitätsgefährdend.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir bekennen uns dazu, wenn es altmodisch ist, dass man besonders diejenigen fördert, die es materiell nötig haben, und nicht diejenigen fördert, die es materiell nicht nötig haben.

(Beifall bei der SPD)

Vier Mal ein gutes, altes, sozialdemokratisches, kulturell geprägtes BAföG, das andere mit stützen! In diesem Sinne sind wir gut und gerne altmodisch.